

Pegelmessung im Portemonnaie

LSAP-Mehrheit in Diekirch lobt sich für gute Finanzpolitik, allein der Opposition fehlt der Glaube

VON JOHN LAMBERTY

Prognosen sind schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen, sagt ein Bonmot. Ganz ähnlich sieht dies mit Blick ins Budget 2019 auch die Opposition im Diekircher Gemeinderat. Die LSAP-Führung sieht ihre Finanzvorhersagen dagegen durchaus in der Realität verankert.

Am Ende bot sich einmal mehr das gewohnte Bild: Die LSAP-Fraktion bewilligt den Haushaltsplan für das kommende Jahr dank ihrer absoluten Mehrheit im Alleingang, während dessen Ablehnung durch CSV, DP und Déi Gréng ebenso traditionell nur Makulatur bleibt. In Diekirch war am Montagnachmittag bei Budgetvotum eigentlich alles beim Alten.

Dies jedoch eher zum Leidwesen des Gemeinderats, wie Rat José Lopes Goncalves (DP) befand. Für seine Ausführungen zum Budget könne er jedenfalls genauso gut die Anmerkungen der vergangenen Jahre vorlesen. So fehle es dem Haushaltsplan einmal mehr an der nötigen Transparenz und den Ratsmitgliedern an allzu vielen Informationen zu den Zukunftsplänen der Mehrheit, um die Finanzlage und die Entwicklungsaussichten der Stadt realistisch bewerten zu können.

Obwohl er die in den zurückliegenden Jahren getätigten Investitionen in die Attraktivität und die Lebensqualität der Gemeinde – insbesondere auch die Bemühungen im Bereich der sozialen Wohnraumschaffung – begrüße, könne er dem Budget daher auch nicht zustimmen, so Lopes.

Opposition vermisst den Durchblick

Ganz ähnlich hatten sich zuvor auch die Stellungnahmen der CSV- und der Déi-Gréng-Fraktion am Rattisch angehört. Ihm lägen zudem die stetig steigenden Personalkosten schwer im Magen, so Rat Paul Bonert (CSV). Zudem vermisse seine Partei auch 2019 weiterhin ein umfassendes Konzept zur Erweiterung und Instandsetzung des Conservatoire de musique du Nord.

Rat Fränk Thillen (Déi Gréng) sorgte sich derweil um die Entwicklung der Überschüsse im ordentlichen Haushalt, der die laufenden Einnahmen und Ausgaben verzeichnet und somit das Rückgrat der Gemeindefinanzen darstellt. Habe dieser Überschuss 2010 noch bei fast acht Millionen Euro gelegen, so seien es mittlerweile bereits weniger als fünf Millionen Euro. Zudem zeigte er sich skeptisch, dass die im Budgetplan vorgesehenen außerordentlichen Einnahmen auch in der Tat so ausfallen werden. So seien diese etwa in den Abschlusskonten 2017 deutlich niedriger gewesen als vorgesehen, so Thillen, dem darüber hinaus aber auch eine kohärente Strategie in wesentlichen Politikfeldern fehlte, so etwa in Sachen Mobilität oder auch bei der Planung von Schul-, Sport- und Freizeitstrukturen.

Die LSAP-Mehrheit um Bürgermeister Claude Haagen ließ sich die Freude an der eigenen Führungsarbeit derweil nicht von Oppositionskritik verderben. So stellte Schöffe Claude Thill (LSAP) den Sozialisten angesichts einer „konsequenten, verantwortungsvollen und zukunftsorientierten Finanzpolitik“ ein gutes Zeugnis aus. Obwohl man bereits im achten Jahr in Folge keine neue Anleihe tätigen werde, bringe man immer noch die nötigen Mittel auf, um sämtliche Aspekte des Zusammenlebens in Diekirch zu verbessern und den regionalen Aufgaben der Stadt gerecht zu werden. Von einstmals mehr als 50 Millionen Euro habe man die Schuldenlast zugleich auf gut 39 Millionen Euro gesenkt. Bis Ende kommenden Jahres soll sie gar auf 36 Millionen fallen, womit auch die Pro-Kopf-Verschuldung erstmals seit Langem wieder unter die 5 000-Euro-Marke sinke. Mit Blick auf die anstehenden Investitionsvorhaben hob Thill vor allem die Erneuerung der Laufpiste und der Anlagen im Stade municipal sowie die Planungen für die Schaffung einer neuen Maison relais am Standort des alten Internats in der Rue de l'Hôpital sowie für den Bau eines gut 350 Stellplätze umfassenden Parkhauses am Bahnhof hervor. Eine bedeutende Belastung bilde indes aber die Vorfinanzierung der vielen Infrastrukturarbeiten für die ZANO-Gewerbezone am Fridhaff. Die Verzögerung der dies- bezüglichen Rückerstattungen erkläre denn auch in weiten Teilen, wieso die außergewöhnlichen Einnahmen im Jahr 2017 deutlich geringer ausgefallen waren als ursprünglich geplant, so Bürgermeister Claude Haagen.

Der angeblich mangelnden Transparenz im Budget stellte Haagen derweil aber eine demonstrativ detaillierte Kostenaufstellung des neuen Kinokomplexes entgegen – bis zur letzten Popcornüte Mit Blick auf das Musikkonservatorium verwies der Bürgermeister auf die vorerst geplanten Renovierungsarbeiten im Sanitärbereich im Untergeschoss. Parallel dazu erfolge eine Bestandsaufnahme der künftigen Bedürfnisse, dem dann auch ein tragfähiges Investitionskonzept folgen könne.

Sozialisten werfen den Blick zum Horizont

Zugleich dürfe man aber auch anderweitige Prioritäten nicht aus den Augen verlieren. So dränge sich angesichts der Wohnsiedlungsvorhaben am Brauereigelände oder im Walebroch irgendwann auch eine Ausweitung der Schulstrukturen auf, während es auch größere Straßenbauprojekte, wie etwa in der Rue Clairefontaine, bei jeglichen Planungen zu berücksichtigen gelte.

Gerade einen solchen Überblick über die Herausforderungen der Zukunft könne man eben aus einem Budget nicht herauslesen, so die Replik der Opposition ...

Gemeindefusion

Die ungeteilte Zustimmung aller Parteifraktionen fand dagegen die Beteiligung der Gemeinde Diekirch an den lancierten Sondierungsgesprächen für eine eventuelle Gemeindefusion auf Nordstad-Ebene. Dass Colmar-Berg den ergebnisoffenen Gesprächen als einzige Mitgliedsgemeinde fernbleibt, wurde allerdings ebenso einhellig bedauert. Mit ihrem Vorgehen nehme man den Bürgern dort im Grunde das Recht, sich in einem Referendum selbst zur Idee einer Fusion zu äußern, so Rat Paul Bonert (CSV). Gleich dem Brexit könne auch der „Colexit“ die Zusammenarbeit auf Nordstad-Ebene im Falle einer Fusion nur erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen.

Einig war man sich am Diekircher Rattisch unterdessen, dass eine Fusion die Rolle der Nordstad als regionaler Entwicklungspol nur stärken könnte. Gelingen werde das Vorhaben aber nur, wenn die Gemeinderäte und Bürger regelmäßig in die Debatten eingeweiht und eingebunden würden und man auch die Anliegen der kleineren Gemeinden hinreichend zu berücksichtigen wisse.